

Wahlplattform
zur Landtagswahl 1970
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Nordrhein-Westfalen

„Aktion Liberal“

(Beschlossen vom Landeshauptausschuß
in Bochum am 21. Februar 1970)

F.D.P.

Aktion Liberal

D01-01048

**F.D.P. Plattform
Nordrhein-Westfalen
zur Landtagswahl 1970**

Die politische Aufgabe der F.D.P.

Die F.D.P. hat in der Bundesrepublik von Anfang an als liberale Kraft zwischen den beiden ideologisch festgelegten Parteien CDU und SPD gewirkt. Sie ist frei von Dogmen und überholten Vorstellungen. So hat der politische Liberalismus für die Entwicklung der Bundesrepublik Beiträge geleistet, ohne die unser Staat heute weniger erfolgreich dastünde. Die F.D.P. spielte die entscheidende Rolle bei der Weichenstellung für unsere rechtsstaatliche Demokratie und unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung.

Die F.D.P. hat die Entscheidung für unsere soziale Marktwirtschaft erzwungen und damit eine dirigistische Wirtschaftsform verhindert. Wohin diese geführt hätte, wissen wir aus den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit in Europa. Die Deutsche Mark wäre kein weltweit geschätztes Zahlungsmittel. Der einfache Bürger könnte nicht unbeschränkt ins Ausland reisen. Wäre nicht die F.D.P. gewesen, dann hätten die reaktionären Kräfte in der CDU und SPD die Überhand gewonnen. Unsere Verfassung, die wegen ihrer liberalen und demokratischen Grundtendenz von vielen Völkern in Europa neidvoll betrachtet wird, hätte ein weit weniger liberales Gesicht bekommen.

Die F.D.P. als nichtideologische Partei löst die politische Frontstellung von CDU und SPD in ein Machtdreieck auf. In dieser Dreierbeziehung sind die beiden anderen Parteien ständig gezwungen, ihre Positionen zugunsten einer ausgewogenen Politik im Interesse des ganzen Volkes zu liberalisieren. **Die F.D.P. ist damit die Partei, die immer wieder von neuem extremes Verhalten von links oder rechts verhindert. Sie ist die Partei, die den Schutz der Minderheiten garantiert. Sie ist die Partei, die Regierung und Opposition zu liberalem Handeln zwingt. Sie ermöglicht Regierungswechsel, ohne daß unsere Politik von einem Extrem ins andere fällt.**

Den Freien Demokraten ist es zu verdanken, daß der damalige Verteidigungsminister Strauß im Verlauf des „Spiegel-Skandals“ zurücktreten mußte. Die Freien Demokraten gaben den Ausschlag bei der Wahl Gustav Heine-manns. Das hat der deutschen Sache im Ausland viel Sympathie eingebracht. Der nach 20 Jahren CDU-Herr-schaft so bitter nötig gewordene Regierungswechsel wäre ohne die F.D.P. nicht möglich gewesen, und die Macht-politiker der CDU hätten den Staat weiter als ureigene Pfründe betrachtet.

Für die Zukunft Deutschlands ist die F.D.P. wichtiger denn je

Die F.D.P. kämpft gegen jede absolute Mehrheit einer Partei, weil Alleinherrschaft zum Machtmißbrauch verführt. In der Bundesrepublik besteht die Gefahr der Polarisierung der politischen Entscheidung auf Sozialisten und Konservative. Diese Entwicklung ist für den einzelnen von Nachteil, weil sie zwangsläufig zur „Entweder-Oder-Demokratie“ des Mehrheitswahlsystems führt. Zwischen diesen Fronten wird der Freiheitsraum des einzelnen Bürgers immer kleiner.

Die F.D.P. macht sich zum Verteidiger der Rechte jedes einzelnen Staatsbürgers gegen Übergriffe des Staates, gewisser Gruppen oder mächtiger einzelner. Freiheitliche Politik kann nur auf dem Freiheitswillen der Bürger beruhen.

Die Funktion der F.D.P. war schon in der Aufbauphase der Bundesrepublik von entscheidender Bedeutung. Sie wird es mehr denn je sein in einer Zeit, in der es auf die Sicherung des Erreichten, die Fortentwicklung des Bestehenden und die Gestaltung der Zukunft ankommt. **Liberale Politik heißt sachbezogene und praktische Politik.** Das ist es, was in den kommenden Jahrzehnten für die Lösung der wichtigen Zukunftsaufgaben nötig ist.

Der schnelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel der hochentwickelten Industriestaaten verlangt nach einer ständigen, vernünftigen Reformpolitik. Die Bundesrepublik hat durch die Leistung ihrer Bürger in den letzten 20 Jahren viel erreicht. Aber der Stolz auf das Erreichte hat viele von uns blind für die Erfordernisse von morgen gemacht.

Die F.D.P. ist die Partei des freien Bürgers in einer freien Gesellschaft. Die Freiheit des einzelnen darf nicht verplant werden. Nur die F.D.P. bietet eine Gewähr dafür, daß in den kommenden Jahren die liberale Wirtschaftsordnung gegen dirigistische Bestrebungen verteidigt wird. Nur die F.D.P. wird eine liberale Lösung des Mitbestimmungsproblems erzwingen, die dem einzelnen ein Mitspracherecht bei der Gestaltung seiner Zukunft sichert und nicht außerbetrieblichen Organisationen, denen es nur um die eigene Machtstellung geht. Nur die F.D.P. fordert eine Vermögensbildung, die auf breiter Basis der Existenzsicherung und der Altersvorsorge dient und die den Bürger nicht abhängig macht.

Nur die F.D.P. wird weiterhin unbeirrt vernünftige, moderne Bildungspolitik durchsetzen, frei von alten Zöpfen klerikaler Ständepolitik. Und nur wenn diese Aufgaben richtig gelöst werden, können wir das, was wir alle durch unsere Arbeit aufgebaut haben, erhalten und fortentwickeln. **Das ist liberale Politik, wie die F.D.P. sie vertritt.**

Auch in Nordrhein-Westfalen weiterhin fortschrittliche Politik mit der F.D.P.

Seitdem innere Zerwürfnisse der CDU im Jahre 1966 zu einer Wirtschafts- und Regierungskrise geführt hatten, bildet die F.D.P. in Nordrhein-Westfalen mit der SPD eine Regierung, die zum Vorbild für die neue Regierung in Bonn wurde. In beiden Koalitionen konnten besser als je zuvor liberale Forderungen durchgesetzt werden. In Bonn brachte die neue Regierungskoalition die Europapolitik in Bewegung und schaffte die Voraussetzungen für eine Politik des friedlichen Ausgleichs mit dem Osten. Wirtschafts-, Finanz- sowie Bildungspolitik erhalten die ersten Anstöße für Verbesserungen. In Düsseldorf leitete die SPD/F.D.P.-Koalition eine fortschrittliche Schul- und Bildungspolitik ein, die die Jugend unseres Landes für die großen Anforderungen der Zukunft ausrüsten soll. Die Landesregierung schaffte die Strukturkrise an der Ruhr aus der Welt und sicherte die Arbeitsplätze der Bevölkerung. Die Bekämpfung der Kriminalität unter Führung von F.D.P.-Innenminister Willi Weyer machte unsere Großstädte zu den sichersten in der Welt.

Die Arbeit an diesen Reformen darf nicht unterbrochen werden. Deshalb ist die F.D.P. bereit, die Koalition mit der SPD weiterzuführen, wenn der Wähler es ermöglicht.

Mit ihrem Landesvorsitzenden Willi Weyer an der Spitze wird die F.D.P. auch weiterhin liberale Politik zum Besten von Nordrhein-Westfalen erzwingen.

Die F.D.P. tritt für die Durchsetzung folgender Rechte ein:

- 1. Das Recht auf gleiche Lebenschancen**
- 2. Das Recht auf Bildung und Ausbildung**
- 3. Das Recht auf sichere Arbeitsplätze und stabile Preise**
- 4. Das Recht auf innere Sicherheit**
- 5. Das Recht auf ein modernes Verkehrsnetz**
- 6. Das Recht auf zeitgemäßes Wohnen in Stadt und Land**
- 7. Das Recht auf Gesundheit**
- 8. Das Recht auf preiswerte Ernährung durch eine gesunde Landwirtschaft**
- 9. Das Recht auf einen leistungsfähigen Staat.**

Das Recht auf gleiche Lebenschancen

Ein Staat ist erst dann demokratisch, wenn er seinen Bürgern tatsächlich Chancengleichheit bietet. Das Recht auf gleiche Lebenschancen ist für die F.D.P. oberstes Bürgerrecht.

Bevor nicht eine durchgreifende Bildungsreform im Sinne der Offenen Schule verwirklicht wird, sind die Lebenschancen für unsere Kinder nicht gleich. Jedes Kind muß – unabhängig von seiner sozialen Herkunft – die Möglichkeit haben, eine seiner Begabung entsprechende Ausbildung zu erhalten.

Chancengleichheit erfordert eine aktive Vermögensbildungspolitik. Sie ist ein Gebot der Gerechtigkeit und darum gesellschaftspolitisches Ziel der F.D.P.

Zur Chancengleichheit in der Wirtschaft gehören gleiche Wettbewerbsbedingungen für groß und klein. Unter anderem muß die Kooperation mittelständischer Betriebe gefördert werden.

Die Lebenschancen auf dem Land müssen verbessert werden. Durch Ausbau der Verkehrsverbindungen, Schaffung von ertragreichen Arbeitsplätzen sowie Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen muß das Gefälle zwischen Stadt und Land beseitigt werden.

Das Recht auf Bildung und Ausbildung

Für die F.D.P. ist die Bildungspolitik Kernstück ihrer Gesellschaftspolitik. Bildung ist Bürgerrecht und Aufstiegschance zugleich. Die F.D.P. fordert die Offene Schule. Sie soll ohne Rücksicht auf Herkunft und Stand alle Schüler ihren Begabungen und Neigungen entsprechend fördern und zu optimalen Bildungsabschlüssen führen. Der Zugang zu den Bildungseinrichtungen muß jedem jungen Menschen offenstehen. Soziale Benachteiligungen sind zu beseitigen. Die vorschulische Ausbildung und die Ganztagschule haben hierbei wichtige Aufgaben zu erfüllen.

In Nordrhein-Westfalen wurde mit zahlreichen Gesamtschul-Versuchen begonnen. Sie müssen ausgedehnt werden, damit für die Weiterentwicklung zur Offenen Schule die erforderlichen Erfahrungen zur Verfügung stehen. Die Offene Schule faßt Schüler aller Stufen in einem flexiblen Kurssystem zusammen und fördert sie möglichst individuell nach Begabung, Neigung und Leistung. In der Offenen Schule gehen die herkömmlichen Schulformen auf. In ihr sind der Schulkindergarten, die Grundstufe, Mittelstufe und die sogenannte Kollegstufe, die zur Hochschulreife führen soll, zusammengefaßt. Eltern, Lehrer und Schüler sollen ein gesetzlich verankertes Mitwirkungsrecht erhalten.

Die Einschulung soll nicht mehr von einem bestimmten Alter abhängen, sondern von der Schulreife des Kindes. Die Konfessionsschranken sollen, wie schon in der Hauptschule, fallen.

Ein Schritt auf dem Weg zur Offenen Schule ist die von der F.D.P. mitgeschaffene Fachoberschule. Sie bedeutet eine engere Verbindung zwischen der beruflichen und schulischen Ausbildung.

Die Berufsausbildung in Schule und Praxis muß auf die wirtschaftliche Entwicklung ausgerichtet und zukunftsbezogen sein.

Ein großer Teil der Schwierigkeiten an unseren Universitäten wäre vermieden worden, wenn der Bund rechtzeitig die Zuständigkeiten für eine vorausschauende Bildungsplanung erhalten hätte, wie die F.D.P. es jahrelang forderte.

Die Universitäten und anderen wissenschaftlichen Hochschulen bedürfen neben der inneren Reform der Errichtung weiterer Lehrstühle, um den empfindlichen Mangel an Studienplätzen zu beheben. Die unerträglichen Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen unseres Landes können nur durch großzügige strukturelle Maßnahmen behoben werden. Der F.D.P.-Bauminister Kohlhasse hat neue Wege zum beschleunigten Bau von Hochschulen beschritten. Durch die Gründung einer Hochschulbau GmbH werden mit Hilfe privater Planungs- und Baubetreuungsfirmen, die die staatliche Bauverwaltung entlasten, in kurzer Zeit zusätzliche Bauten im Gesamtwert von über 1,5 Milliarden DM erstellt.

Ziel der F.D.P. ist die Gesamthochschule. Sie faßt alle wissenschaftlichen Hochschulen zusammen und ermöglicht die gegenseitige Anrechnung von Studienabschlüssen. In jeder Stufe muß die Möglichkeit zur Korrektur der Studienentscheidung gegeben sein.

Um den Lehrermangel zu beheben, fordert die F.D.P. eine verstärkte Werbung für den Lehrerberuf. Zum Abbau der akuten Notlage – besonders in den naturwissenschaftlichen Fächern – müssen auch unkonventionelle Hilfsmaßnahmen ergriffen werden.

Die Ausbildung der Lehrer muß der erstrebten Offenen Schule Rechnung tragen. Ein erziehungswissenschaftliches Studium für alle Lehrer ist erforderlich. Ein größeres Angebot für die Weiterbildung wird die Aufstiegsmöglichkeiten vermehren und den Beruf des Lehrers anziehender machen.

Die F.D.P. befürwortet einen verstärkten Ausbau der Volkshochschulen, der diese in die Lage versetzen soll, auch die berufliche Weiterbildung im Rahmen der Gesamthochschule zu übernehmen und zu anerkannten Abschlüssen zu führen. **Lernen, Bildung und Ausbildung sind nicht auf eine begrenzte Zeit beschränkt, sondern eine lebenslange Aufgabe.** Der rasche Wandel der Umwelt zwingt dazu, den eigenen Standort immer wieder neu zu bestimmen.

Die F.D.P. strebt eine stärkere Förderung der kulturellen Einrichtungen im Land an. Private und kommunale Theater, öffentliche Museen und Bibliotheken sollen ausreichende Landeszuschüsse erhalten, die ihnen die Möglichkeit geben, ihre Aufgaben für den Bürger zu erfüllen.

Das Recht auf sichere Arbeitsplätze und stabile Preise

Schon lange vor der krisenhaften Wirtschaftslage der Jahre 1966/67 hatte der F.D.P.-Wirtschaftsminister Gerhard Kienbaum vorausschauend erkannt, welche Gefahren sich aus der einseitigen Struktur der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen ergeben können. Ein umfassender Plan zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur wurde erarbeitet, der die Grundlage für alle Maßnahmen bildete, mit denen es der Landesregierung schließlich gelang, die Krise zu überwinden. Auf Initiative der F.D.P. wurde die Wirtschaftsförderungsgesellschaft zu einem wirksamen Instrument der Strukturpolitik ausgebaut.

Systematisch wurden – wie nie zuvor – technische Entwicklungen gefördert, die wesentlich dazu beigetragen haben, daß die Förderleistungen bei der Kohle und damit deren Wettbewerbsfähigkeit gesteigert werden konnten. Der 100-Millionen-Sozialplan für freigesetzte Arbeitnehmer ist von der F.D.P. erarbeitet und durchgesetzt worden.

Die Steigerung des Lebensstandards und der sozialen Sicherheit in unserem Land ist weiterhin nur möglich, wenn eine wettbewerbsfähige und stabil wachsende Wirtschaft sichere und ertragreiche Arbeitsplätze schafft.

Eine bedarfsgerechte Infrastruktur sowie ausreichende kulturelle Einrichtungen müssen die Voraussetzungen dafür schaffen. Für die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur muß die wissenschaftliche Forschung anwendungsnah eingesetzt werden.

Wer seinen Arbeitsplatz behalten will, muß fortwährend lernen und sich den Aufgaben der Zukunft stellen.

Künftig wird es nur noch in den seltensten Fällen möglich sein, denselben Arbeitsplatz lebenslang einzunehmen. Der arbeitende Mensch muß seine Kenntnisse und Fähigkeiten ständig verbessern und die Bereitschaft zu hoher Mobilität haben. Dann wird er stets von neuem Zugang zu offenen Stellen finden. Ein Netz von Berufsförderungszentren nach dem Essener Modell muß für die berufliche Weiterbildung ausgebaut werden.

Zur Erweiterung der Rechte des einzelnen in unserer Gesellschaft fordert die F.D.P. eine stärkere Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Nur der Betriebsangehörige kann letztlich über seine Belange im Betrieb urteilen. Vertreter außerbetrieblicher Organisationen können das nicht. Deshalb sollen die Mitwirkungsmöglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes voll ausgenutzt und ausgebaut werden, so daß der einzelne mehr Rechte an seinem Arbeitsplatz erhält.

Wettbewerb, technische Entwicklung und Rationalisierung halten die Preise stabil. Deshalb darf die Wirtschaftspolitik den Wettbewerb und die Möglichkeiten notwendiger Rationalisierung nicht einschränken. Im Zusammenhang damit wird sich die F.D.P. nach wie vor dafür einsetzen, daß die Steuern nicht erhöht werden.

Das Recht auf innere Sicherheit

Die Großstädte unseres Landes gehören heute zu den sichersten in der Welt. Das war nicht immer so. Innenminister Willi Weyer konzentrierte die Arbeit der Polizei auf vorbeugende Verbrechensbekämpfung und die Aufklärung von Straftaten. Der Erfolg blieb nicht aus. Während allgemein die Kriminalität zunimmt, ist sie im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen zum erstenmal zurückgegangen. Gleichzeitig ist die Aufklärungsquote der Verbrechen gestiegen. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen unter Innenminister Willi Weyer bedient sich modernster Methoden, um den Verbrechern überlegen zu sein. Zur Bekämpfung und Aufklärung von Verbrechen werden Computer eingesetzt. Eine elektronische Verbrecherkartei gibt genaue Auskunft über jeden Verbrecher und seine Arbeitsmethoden. Bildfunkgeräte unterstützen die Polizei bei der Fahndungsarbeit. Die Polizisten sind in Nordrhein-Westfalen moderner ausgerüstet als die Verbrecher.

Willi Weyers Devise „Hart gegen Verbrecher – freundlich zum Bürger“ hat sich bewährt. Die Polizei soll nur dort in den Freiheitsraum des einzelnen eingreifen, wo sie die Rechte anderer zu schützen hat.

In unserem Land hat es bei den großen Demonstrationen der vergangenen Jahre keine Eskalation der Gewalt gegeben. Mit souveränem Geschick leitete Innenminister Willi Weyer viele Polizeieinsätze persönlich.

Die innere Sicherheit unseres Landes ist nicht gefährdet. **Die nordrhein-westfälische Polizei kann sich zu den erfolgreichsten und beliebtesten in der Bundesrepublik zählen.** So soll es nach den Plänen der F.D.P. bleiben. Auch in Zukunft ist das Ziel eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Bürger und Polizei.

Das Recht auf ein modernes Verkehrsnetz

Die mobile Gesellschaft, in der wir leben, ist abhängig von bedarfsgerechten Verkehrswegen und einer leistungsfähigen Verkehrsabwicklung.

Es darf keine isolierte Verkehrspolitik mehr für Straße, Schiene, Wasser und Luft geben. Um Fehlinvestitionen zu vermeiden und eine natürliche Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Verkehrsmitteln zu erreichen, hat Gerhard Kienbaum als F.D.P.-Verkehrsminister mit der Erarbeitung eines Generalverkehrsplans begonnen, der jetzt von der Landesregierung vorgelegt wird.

Die Zahl der Pkw wird in Zukunft ständig zunehmen. Die F.D.P. fordert: Die Verkehrswege müssen ausgebaut werden. Das Netz der Bundesautobahnen und Bundesstraßen muß so erweitert werden, daß kein Ort unseres Landes weiter als 10 km davon entfernt ist. Vorschläge dafür liefert ein Verkehrsbauplan des F.D.P.-Ministers Kohlhasse.

Zur Beseitigung der Parkraumnot muß eine Reihe von aufeinander abgestimmten Maßnahmen durchgesetzt werden. Gestaffelte Parkgebühren, Kurzparkzonen und Parkscheiben sollen die Parkraumnot lindern.

In den achtziger Jahren wird über die Straßen der Verkehr nicht mehr zufriedenstellend abgewickelt werden können. Daher muß der öffentliche Personennahverkehr attraktiver gestaltet werden, also schnell, billig, sicher und bequem sein. Regionaler Verkehrsverbund ist zu schaffen. Zur Entlastung des Spitzenverkehrs müssen im öffentlichen Personentransport auch Privatunternehmen herangezogen werden. Die Ballungsgebiete und Ballungsrandzonen an Rhein und Ruhr müssen durch Schnellverkehrsmittel mit hohen Spitzengeschwindigkeiten verbunden werden.

Die F.D.P. fordert den beschleunigten Ausbau des Regionalflugverkehrsnetzes, das dem Reise- und Geschäftsflugverkehr dienen soll.

Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit schlägt die F.D.P. die verstärkte Durchführung des von Minister Kienbaum erarbeiteten Verkehrssicherheitsprogramms vor. Das beginnt bei der Erziehung zum verkehrsgerechten Verhalten. Bereits in Verkehrskindergärten sollen die Kinder auf den Straßenverkehr vorbereitet werden. Der Ausbau von Verkehrsübungsplätzen für Erwachsene soll fortgesetzt werden. Für Straßenbau und Beschilderung gelten vorrangig die Gesichtspunkte einer erhöhten Verkehrssicherheit. Computer sollen Verkehrsdichte, Verkehrsfluß und Unfallwahrscheinlichkeit auf unseren großen Verkehrsadern vorausberechnen. Autobahnfunk und Überwachung des Verkehrs aus der Luft sollen das stockungsfreie Fließen des Verkehrs sichern und eine Früherkennung und Vorwarnung vor Unfallzonen ermöglichen.

Bei Unfällen ist jede Minute kostbar. Schnelle ärztliche Versorgung kann das Leben retten. Innenminister Willi Weyer hat dies erkannt. Neue, moderne und medizinisch hervorragend ausgestattete Notarztwagen wurden angeschafft. Sie werden in ganz Nordrhein-Westfalen eingesetzt und sind sofort einsatzbereit, wenn Hilfe not tut. Die Zahl der Unfallhilfestellen an den Straßen des Landes wurde vergrößert.

Das Recht auf zeitgemäßes Wohnen in Stadt und Land

Gesunde Umweltbedingungen und zeitgemäße Wohnungen sind Voraussetzungen für die Erhaltung der Schaffenskraft unserer Bürger. Für die F.D.P. ist daher eine vernünftige Wohnungsbauplanung ein wichtiger Punkt ihrer Gesellschaftspolitik. In den vergangenen Jahren wurde der Wohnungsbau unter dem F.D.P.-Minister Kohlhasse mit Nachdruck gefördert. Er legte erstmalig für die Zeit von 1967 bis Ende 1970 ein Vierjahresprogramm für 200 000 neue Wohnungen vor. Dieses Programm wurde bereits im Dezember 1969 mit 209 307 Wohnungen vorzeitig erfüllt und wird voraussichtlich bis zum Ende 1970 um etwa 50 000 bis 60 000 Wohnungen übertroffen.

Auch in der nächsten Legislaturperiode wird sich die F.D.P. dafür einsetzen, daß den Bürgern unseres Landes Wohnungen zur Verfügung gestellt werden, die ihren Bedürfnissen entsprechen. Die Wohnungen müssen den modernen Grundsätzen gesunder Umweltverhältnisse genügen.

Die F.D.P. möchte die Ablösung öffentlicher Darlehen erleichtern, um diese Mittel erneut für die Förderung des Wohnungsbaus zu verwenden und die fehlbelegten Sozialwohnungen für einkommensschwache Schichten frei zu machen. Bei der Zuweisung für den öffentlich geförderten Wohnungsbau und bei der Gewährung von Wohngeld ist eine Anhebung der Einkommensgrenzen längst überfällig. Daneben muß die Landesregierung mit verstärkten Beihilfen für die Modernisierung von Altbauten in Stadt und Land sorgen.

Die Erneuerung von Stadt und Dorf verlangt die baldige Verabschiedung des Städtebauförderungsgesetzes. Dabei müssen Privateigentum und private Initiative unter Abwägung der Rechte der Gemeinschaft gewahrt bleiben.

Das Recht auf Gesundheit

Regieren heißt vorausschauen. Zum erstenmal wurde in Nordrhein-Westfalen von Innenminister Willi Weyer ein Krankenhausplan vorgelegt, der den Bedarf an Krankenhäusern und Krankenhausbetten bis zum Jahre 1980 aufzeigt. In den nächsten zehn Jahren sollen fast 4 Milliarden DM für die Modernisierung und den Neubau von Kliniken aufgewendet werden. Auch die innere Struktur des Krankenhauses muß verbessert werden. Die Betreuung des Patienten soll sich nicht nach dem Geldbeutel, sondern nach der Schwere des Falles richten.

Die F.D.P. wird zur Verbesserung der Gesundheitsvorsorge in Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft und den Versicherungsträgern Modellversuche fördern mit dem Ziel, Vorsorgeuntersuchungen in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufzunehmen.

Ein weiterer Ausbau von Diagnose-, Informations- und Früherkennungszentren für Krebs, Kreislauferkrankungen, Diabetes und andere schwere Erkrankungen ist dringend notwendig und sollte zentral gefördert werden. Bereits eingerichtet wurden in Essen das modernste Krebsforschungszentrum Europas und in Bonn eine zentrale Stelle für Vergiftungsfälle. Zusätzlich sollten in Zusammenarbeit von Ärzten und Apothekern Gegengiftdepots eingerichtet werden.

Die F.D.P. fordert die Einführung des „Erste-Hilfe-Unterrichts“ in den Schulen als Pflichtfach.

Die bisherigen Maßnahmen des Landes gegen schädliche Industrieabgase in den Ballungsgebieten haben zu beachtlichen Verbesserungen geführt, Staubbiederschlag und Schwefeldioxydgehalt der Luft sind wesentlich zurückgegangen. Zur Zeit werden zwölf Forschungsvorhaben gefördert, die dem Problem der Luftverschmutzung zu Leibe rücken sollen.

Die Freizeit der Bevölkerung wird weiterhin erheblich zunehmen. Auch in den Ballungsräumen sollen die Menschen ihre Freizeit gesund und sinnvoll erleben können. Deshalb fordert die F.D.P. den Ausbau von Grüngürteln, Parkanlagen und stadtnahen Erholungsgebieten.

Zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung zählt auch die sportliche Betätigung. Sie ist zugleich wesentlicher Bestandteil einer wohlverstandenen Gesundheitsvorsorge. Spitzenleistungen sind zudem nur möglich auf der Grundlage eines weitgefächerten Breitensports. Aus diesen Gründen ist Innenminister Weyer ein unermüdlicher und erfolgreicher Fürsprecher für den Bau von Sportschulen, Turnhallen, Sportplätzen und Schwimmbädern.

Wirksame Sportförderung muß bereits in der Schule beginnen. Daher setzt sich die F.D.P. für mindestens vier Wochenstunden Sport und einen zusätzlichen Spielnachmittag an allgemeinbildenden Schulen ein. An den Berufsschulen muß Sport Pflichtfach werden. Sonderturnunterricht zur Behebung und Verhinderung spezieller Haltungsschäden sollte ausgebaut werden. Die F.D.P. hat im Landtag einen Antrag zur Errichtung von Sportgymnasien, von Sportzweigen an Gymnasien und zur Bildung von Sportneigungsgruppen eingebracht; Turnen und Sport sollten angesichts ihrer großen gesellschaftlichen Bedeutung nicht länger geringer als geistige Leistungen gewertet werden.

Willi Weyer hat durchgesetzt, daß von den Schulbaumitteln des Landes 1970 20% (86 Millionen DM) für den Bau von Sportstätten an den Schulen zur Verfügung stehen.

Die von Landesregierung und Landessportbund Nordrhein-Westfalen erarbeiteten Regelungen zur Förderung der Lehrgangsarbeit, Ausbildung von Übungsleitern, Errichtung von Leistungszentren und Einstellung von Verbandstrainern sind vorbildlich in der Bundesrepublik. Diese unerläßlichen Hilfen für Sportvereine und Sportler müssen weiter ausgebaut werden.

Das Recht auf preiswerte Ernährung durch eine gesunde Landwirtschaft

Die F.D.P. fordert eine Agrarpolitik, die in absehbarer Zeit unsere landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe wettbewerbsfähig macht. Sie fordert den Abbau der teuren Überschußproduktion. Den landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieben muß zugunsten der Vollerwerbsbetriebe der Anreiz gegeben werden, die landwirtschaftliche Produktion einzustellen.

Die Freien Demokraten werden Wettbewerbsverzerrungen im EWG-Bereich abbauen, die der deutschen Landwirtschaft von der CDU zugunsten Frankreichs aufgebürdet wurden. Der F.D.P.-Landwirtschaftsminister Josef Ertl hat seit Oktober 1969 den Anfang dazu gemacht. Er ist selbst Landwirt und in Brüssel als harter Verhandlungspartner bekannt.

Eine moderne Markt- und Bedarfsanalyse muß das Marktrisiko der Landwirtschaft vermindern. Dadurch bekommt der einzelne Landwirt die Möglichkeit zur Spezialisierung und Senkung der Produktionskosten.

Die deutsche Landwirtschaft braucht Hilfe bei der Errichtung und Nutzung von Genossenschaftseinrichtungen, die landwirtschaftliche Produkte verbrauchergerecht aufbereiten und verbrauchernah anbieten. Nur so kann die Landwirtschaft zur Kostendeckung ihrer Produktion kommen.

Bildung und Ausbildung auf dem Land müssen im Interesse der marktgerechten Führung landwirtschaftlicher Betriebe verbessert werden.

Diese liberale Agrarpolitik befreit die Landwirtschaft aus der Abhängigkeit von Dauersubventionen. Dadurch werden Steuermittel für dringend notwendige Strukturprogramme gewonnen. Die bei der Strukturverbesserung etwa auftretenden Härten müssen durch großzügige agrarsoziale Maßnahmen aufgefangen werden.

Eine gesunde Landwirtschaft garantiert dem Verbraucher eine sichere und preiswerte Ernährung.

Das Recht auf einen modernen, leistungsfähigen Staat

Der Staat ist für den Bürger da und nicht umgekehrt. Die F.D.P. will den mündigen Bürger, der sein Leben soweit wie möglich frei gestaltet. Seine politischen Mitwirkungsrechte müssen verstärkt werden. Die F.D.P. fordert die Bürgerinitiative in den Gemeinden. Die Bürger müssen das Recht erhalten, Anträge an den Gemeinderat zu stellen, über die dieser zu entscheiden hat. Besondere Beschwerdeausschüsse beim Rat der Gemeinde müssen sich mit Eingaben der Bürger über Maßnahmen der Verwaltung befassen. Die vom Bürger gewählten Vertreter im Rat müssen das Recht erhalten, wirksame Untersuchungsausschüsse zu bilden, mit denen sie die Verwaltung kontrollieren können.

Kleine Gemeinden können ihre kommunalen Aufgaben nicht ausreichend erfüllen. Das Gefälle zwischen Stadt und Land muß beseitigt werden. Innenminister Willi Weyer schuf hier Abhilfe. Unter seiner Amtsführung wurde die Gebietsreform in unserem Land begonnen und vorangetrieben. Von ursprünglich 2334 Gemeinden unseres Landes werden bis Juli 1970 1278 kleinere Gemeinden zu 300 leistungsfähigen Großgemeinden zusammengeschlossen. Dieses Neugliederungsprogramm ist zügig fortzuführen und auf eine Reform der Kreise, der Regierungsbezirke und der Landesregierung auszudehnen. Das Ziel muß eine wesentliche Vereinfachung des Verwaltungsverfahrens und eine Neuordnung der Zuständigkeit sein. Diese notwendigen Reformen dürfen nicht an den Grenzen der Bundesländer haltmachen. Immer mehr Zuständigkeiten wandern zum Bund ab. Die Bundesländer werden in Zukunft nur eine Existenzberechtigung haben, wenn sie bei hinreichender Größe in ihrer Leistungskraft untereinander ausgewogen sind.

Auch unsere Landesverfassung darf nicht hinter der Wirklichkeit herhinken. Wir müssen sie sorgfältig neu durchdenken. So muß z. B. der Sozialisierungsartikel gestrichen werden.

Unsere Demokratie braucht eine Reform der Parlamente.

Die Verbindung zwischen Parlament und Bürger muß verstärkt und ein Gleichgewicht zwischen Regierung und Volksvertretung hergestellt werden. Die F.D.P. hat mit ihrem Gesetz über die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat den ersten praktischen Schritt getan. Wer als Beamter in der Exekutive hoheitliche Gewalt ausübt, kann nicht zugleich Volksvertreter sein. CDU und SPD haben den F.D.P.-Gesetzentwurf abgelehnt. Wir werden ihn in der nächsten Legislaturperiode wieder einbringen.

Die F.D.P.

**setzt sich
als Anwalt des Bürgers
für die Verwirklichung
dieser Rechte ein.**

**Liberale Politik
ist eine Politik
für Recht und Freiheit.**

Die F.D.P.

**ist die Partei
des Fortschritts.
Sie ist nicht an
die Vergangenheit
gefesselt,
sondern der Zukunft
verpflichtet.**

- Ich möchte mehr über das Konzept Ihrer Partei wissen. Schicken Sie mir bitte weiteres Informationsmaterial.

- Ich möchte wissen, wie man Mitglied Ihrer Partei wird.

- Ich bin daran interessiert, an einer Ihrer nächsten Veranstaltungen teilzunehmen. Bitte schicken Sie mir eine Einladung. Mich interessiert besonders eine Veranstaltung in

oder mit

Absender:

Bitte ausschneiden und einsenden an:

**F.D.P.-Landesverband NRW
4 Düsseldorf, Sternstraße 44**

Herausgeber:

F.D.P.-Landesverband NRW, 4 Düsseldorf, Sternstr. 44

Verantwortlich: Alfred Rieger MdL

Druck: L. Schwann

Die F.D.P. tritt für die Durchsetzung folgender Rechte ein:

1. Das Recht auf gleiche Lebenschancen
2. Das Recht auf Bildung und Ausbildung
3. Das Recht auf sichere Arbeitsplätze und stabile Preise
4. Das Recht auf innere Sicherheit
5. Das Recht auf ein modernes Verkehrsnetz
6. Das Recht auf zeitgemäßes Wohnen in Stadt und Land
7. Das Recht auf Gesundheit
8. Das Recht auf preiswerte Ernährung durch eine gesunde Landwirtschaft
9. Das Recht auf einen leistungsfähigen Staat.